

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Hüscher, Dr. Köhler (Wolfsburg), Dr. Pinger, Frau Fischer, Höffkes, Dr. Hornhues, Dr. Kunz (Weiden), Lamers, Dr. Müller, Dr. Pohlmeier, Repnik, Schmölle, Graf von Waldburg-Zeil, Herkenrath, Bahner, Schröder (Lüneburg), Lowack, Dr. Marx, Milz, Niegel, Dr. Riedl (München) und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/1474 —

Entwicklungspolitik des Ostblocks

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat mit Schreiben vom 27. April 1982 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Die Bundesregierung teilt nicht die Auffassung, der Ostblock ernte trotz geringer Entwicklungshilfeleistungen in der Dritten Welt unverhältnismäßige „Erfolge“. Die heutige Politik einer Reihe ehemaliger sowjetischer Verbündeter in der Dritten Welt zeigt, daß die Positionen des Ostblocks dort angesichts des Unabhängigkeitswillens der Entwicklungsländer und der wirtschaftlichen Schwächen der osteuropäischen Staaten häufig nicht auf einer dauerhaften Grundlage ruhen.

„Erfolge“, soweit man von ihnen sprechen kann, sind nicht Funktion eines „anderen entwicklungspolitischen Konzeptes“, sondern ergeben sich aus der Bereitschaft der Ostblockstaaten – insbesondere der Sowjetunion als Waffenlieferant – militärische und organisatorische Hilfe bei innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten zu leisten. Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, sich dieses „Konzept“ zu eigen zu machen, weil sich die meisten Staaten der Dritten Welt bewußt sind, daß eine Lösung ihrer

großen wirtschaftlichen Probleme nicht durch Waffenlieferungen, sondern nur durch wirtschaftliche Zusammenarbeit erfolgen kann. Hierzu sind die westlichen Industriestaaten auch nach Auffassung der meisten Entwicklungsländer die besseren Partner. Gerade dies erklärt aber auch, warum sich die Forderung der Dritten Welt nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung überwiegend an die Adresse der westlichen Staaten richtet, wenn es auch nicht, wie z.B. bei UNCTAD V, an deutlichen Forderungen der Gruppe der 77 bezüglich höherem Ressourcentransfer, Öffnung der Märkte und Liberalisierung des Zahlungsverkehrs gegenüber den Ostblockstaaten gefehlt hat.

Aus der sich aus dem Solidaritätsgebot der Charta der Vereinten Nationen ergebenden Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern dürfen auch die Staaten des Ostblocks nicht entlassen werden. Die Bundesregierung hält es daher nach wie vor für richtig, auf die ungenügende Entwicklungshilfe der Sowjetunion und ihrer Partner hinzuweisen und sie aufzufordern, unter Achtung der Unabhängigkeit und Nichtgebundenheit der Entwicklungsländer mehr Entwicklungshilfe zu leisten und ihre Märkte für die Dritte Welt zu öffnen. Dies wurde auch in der Ottawa-Erklärung beim letzten Wirtschaftsgipfel der Staats- und Regierungschefs gefordert.

1. Welche neueren Informationen liegen der Bundesregierung vor zur Entwicklungshilfe der Ostblockstaaten UdSSR, DDR, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, hinsichtlich
 - 1.1 des finanziellen Mitteleinsatzes,
 - 1.2 der zugrundeliegenden Doktrin,
 - 1.3 der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ergebnisse dieser Entwicklungspolitik,
 - 1.4 regionaler und sektoraler Schwerpunkte?

Zu 1.1

Die Ostblockstaaten veröffentlichen über ihre Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern keine offiziellen Statistiken – wie z.B. die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – über ihre Mittelvergabe. Über die veröffentlichten DAC*)-Statistiken und Tabellen zur Entwicklungshilfe des Ostblocks hinaus, die auf der Auswertung zahlreicher Einzelinformationen beruhen, liegen der Bundesregierung keine neueren Informationen vor.

Zu 1.2

Die osteuropäischen Staaten haben keine spezifische Doktrin der Entwicklungshilfe formuliert. Es handelt sich in ihrer Sicht nicht um Hilfe, sondern um Zusammenarbeit nach den Kriterien des „gegenseitigen Vorteils“. Der Zusammenarbeit liegt auch die These zugrunde vom Bündnis der Kräfte der nationalen Befreiung

*) Bericht der Vorsitzenden des Ausschusses für Entwicklungshilfe der OECD (Jahresprüfung 1981)

(Dritte Welt) mit den Staaten des Weltsozialismus sowie der Arbeiterklasse in den „kapitalistischen“ Ländern.

Zu 1.3

Ergebnisse dieser Zusammenarbeit können sich zeigen

- politisch, etwa beim Aufbau von kommunistisch orientierten Partei- und Staatsapparaten in Entwicklungsländern,
- wirtschaftlich, etwa durch den Abschluß von langfristigen Lieferverträgen, die die Entwicklungsländer dauerhaft an den Ostblock binden sollen,
- „kulturell“, etwa durch die Förderung der Idee einer „sozialistischen Kultur“ oder „sozialistischen Nation“.

Zu 1.4

Die regionalen Schwerpunkte der Entwicklungshilfe des Ostblocks entsprechen seinen außenpolitischen, strategischen und außenwirtschaftlichen Interessen.

Den sektoralen Schwerpunkt der sowjetischen Entwicklungshilfe bilden Bergbau-, Energie- und Industrieprojekte. Mindestens 60 v. H. der sowjetischen Projekthilfe entfallen auf diese Bereiche. In den anderen Ländern sind die Schwerpunkte der Projekthilfe der im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe praktizierten Arbeitsteilung angepaßt. So sind z. B. spezialisiert

die DDR auf Kohlebergbau, Textilindustrie, Leichtindustrie, Nachrichtentechnik, Feinmechanik,

die Tschechoslowakei auf Schwermaschinenbau und Energiewirtschaft,

Polen auf Bergbau, Schiffsbau, chemische Industrie,

Ungarn auf medizinische Ausrüstungen, Pharmazeutik, Eisenbahnmaterial, Lebensmittelindustrie, Elektromaschinen,

Rumänien auf Erdölindustrie, Petrochemie und Forstwirtschaft,

Bulgarien auf Landwirtschaft, Fischerei und Nahrungsmittelverarbeitung.

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Qualität der Projekte der unter 1. genannten Länder in den Entwicklungshilfebereichen

- 2.1 technische Infrastruktur,
- 2.2 Landwirtschaft,
- 2.3 berufliche Bildungseinrichtungen,
- 2.4 öffentliche Verwaltung?

Die Qualität von Projekten anderer – selbst westlicher – Geber zu beurteilen, ist außerordentlich schwierig. Dies gilt um so mehr für Projekte östlicher Geber. Insgesamt kann aber gesagt werden, daß auch in der Entwicklungshilfe die Mängel des planwirtschaft-

lichen Systems erkennbar werden. Dies gilt insbesondere für Vorhaben im industriellen und Infrastrukturbereich.

3. Wo sieht die Bundesregierung wesentliche Unterschiede zwischen ihrer Entwicklungshilfe und derjenigen der genannten Staaten, und zwar hinsichtlich
 - 3.1 der Entwicklungsziele und Inhalte,
 - 3.2 der Konditionen,
 - 3.3 der ländermäßigen Orientierung (z. B. LLDC *), rohstoffarme Länder, geopolitisch wichtige Länder)?

Zu 3.1

Ziel der deutschen Entwicklungspolitik ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt. Diese Entwicklungspolitik will den Menschen dienen, ihre Lebensbedingungen aus eigener Kraft und nach ihren eigenen Vorstellungen zu verbessern. Unsere Entwicklungspolitik soll die Eigenständigkeit und politische Unabhängigkeit der Entwicklungsländer stärken.

Hinsichtlich der Ziele des Ostblocks bei der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern wird auf die Antwort zu Frage 1.2 verwiesen.

Zu 3.2

Die Sowjetunion gewährt Entwicklungsländern in der Regel Kredite zu 2,5 v. H. Zinsen mit zehn bis 20 Jahren Laufzeit und zwei Freijahren. Sie ist bei weitem der größte Kreditgeber des Ostblocks (Anteil an Gesamt-Nettoauszahlungen der kommunistischen Staaten 1980 knapp 90 v. H.).

Bei der Hilfe des Ostblocks ist zu berücksichtigen, daß Lieferbindung besteht (nicht-konvertierbare Währungen). Technische-Hilfe-Komponenten müssen bei Projekten häufig bezahlt werden, während die technische Hilfe der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich unentgeltlich gewährt wird. Eine Besonderheit bei der Entwicklungshilfe des Ostblocks liegt auch darin, daß in vielen Fällen die Rückzahlung der Kredite in Form von Lieferungen aus der Produktion der mit den Krediten erstellten Projekte, insbesondere im Rohstoffbereich, erfolgt.

Die Bundesregierung wendet im Durchschnitt günstigere Konditionenregelungen je nach Entwicklungsstand des Empfängerlandes an. So erhalten z. B. die am wenigsten entwickelten Länder auf der Grundlage eines UNCTAD **) -Beschlusses seit 1978 nur noch nicht rückzahlbare Zuschüsse; die bisherigen Darlehensschulden wurden erlassen.

*) LLDC = englische Abkürzung für: Least Developed Countries
= am wenigsten entwickelte Länder

**) UNCTAD = englische Abkürzung für: United Nations Conference on Trade and Development
= Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung

Die kommunistischen Staaten haben keine solche Aktion zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder durchgeführt.

Zu 3.3

Bei der geographischen Verteilung der Hilfe des Ostblocks werden u. a. folgende Grundsätze erkennbar:

- Unterstützung von Entwicklungsländern mit kommunistischer oder kommunistenfreundlicher Regierung,
- Sicherung von Rohstoffzufuhren.

Die am wenigsten entwickelten Länder spielen für die kommunistischen Länder Europas zwar unter Berücksichtigung der vorgenannten Grundsätze eine Rolle, sind aber nach den „Kriterien des gegenseitigen Vorteils“ keine bevorzugte Ländergruppe für die Zusammenarbeit. Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung hat sich insbesondere die Bekämpfung der absoluten Armut und Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder zum Ziel gesetzt. Auf die Antwort zu Frage 3.1 wird verwiesen.

4. Wo gibt es nach Auffassung der Bundesregierung Unterschiede in der personellen Hilfe der Bundesrepublik Deutschland und der Ostblockstaaten hinsichtlich Zielsetzung, Methode, Art der Nachkontakte, politischer Ausbildung?

Während die Bundesrepublik Deutschland über ein vielfältiges Instrumentarium der personellen Zusammenarbeit verfügt (Ausbildung, Fortbildung und Reintegration von Fachkräften der Entwicklungsländer; Entwicklungshelfer; Integrierte Fachkräfte; Entsandte Fachkräfte in der nicht-staatlichen und in der staatlichen Zusammenarbeit), beschränkt sich die personelle Hilfe der Ostblockstaaten auf die Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer sowie die Entsendung von Experten. Dies geschieht im Rahmen von Projekthilfe bei der Installierung und Inbetriebnahme von Anlagen, wobei die Experten in der Regel am Ort gleichzeitig auch Fachpersonal ausbilden. Im Rahmen von Abkommen über wissenschaftlich-technische oder kulturelle Zusammenarbeit der Ostblockstaaten werden in der Regel Experten mit Zweijahresverträgen in die Entwicklungsländer entsandt.

Der allgemein hohe Anteil von Militärberatern und sogenannten Sicherheitsberatern im Rahmen der Zusammenarbeit der kommunistischen Staaten mit Entwicklungsländern ist bekannt.

Nachkontakte werden im Ostblock insbesondere durch Aktivitäten der sogenannten Freundschaftsgesellschaften gepflegt.

Politische Ausbildung bzw. Beeinflussung erfolgt z. B. im Rahmen von Abkommen zwischen Parteien, Gewerkschaften, Frauen-, Jugend- und Journalistenverbänden, wobei zu berücksichtigen ist, daß im Gegensatz zu Ausbildungsmaßnahmen unserer ent-

wicklungspolitischen Zusammenarbeit Ausbildung in den Ostblockstaaten mit direkten politischen Zielsetzungen verbunden ist.

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausbildung von Vertretern der Dritten Welt in der DDR hinsichtlich
 - 5.1 Zahl der ausgebildeten Ausländer,
 - 5.2 Art ihrer Betreuung im Gastland,
 - 5.3 Art der Nachbetreuung,
 - 5.4 spätere Verwendung dieser Stipendiaten?

Zu 5.1

Nach eigener Darstellung wurden in der DDR von 1970 bis 1980 insgesamt an Hoch- und Fachschulen etwa 10 000 Studenten sowie an Berufsausbildungszentren 39 000 Facharbeiter aus Entwicklungsländern ausgebildet.

Zu 5.2

Die Studenten aus Entwicklungsländern in der DDR werden in der Regel in besonderen Studentenheimen untergebracht und während des Studiums von hierfür spezialisierten Funktionären betreut.

Zu 5.3

Die Nachbetreuung von Studenten, die ein Studium in der DDR absolviert haben, übernehmen in der Regel die DDR-Freundschaftsgesellschaften, die für die ständige Kontaktpflege verschiedener Art zu den Absolventen sorgen. So entstanden in einigen Entwicklungsländern z.B. sogenannte „Freundschaftsclubs“, in denen sich ehemalige Absolventen von Bildungseinrichtungen der DDR begegnen und Veranstaltungen durchgeführt werden.

Die Intensität von Betreuung im Gastland und Nachbetreuung entspricht den politisch-ideologischen Zielsetzungen, die mit solchen Maßnahmen im Ostblock verbunden sind.

Zu 5.4

Es liegen Einzelinformationen über Studenten vor, die ihr Studium in der DDR absolviert und Funktionen im Partei-, Staats- oder Verwaltungsapparat des betreffenden Entwicklungslandes übernommen haben. Zusammenfassende Informationen über die berufliche Verwendung der Stipendiaten in ihren Heimatländern liegen nicht vor.

6. Worauf führt die Bundesregierung die Tatsache zurück, daß die Sozialistischen Länder wesentlich mehr Stipendien an Vertreter aus Entwicklungsländern vergeben und ihr Hochschulsystem ungleich stärker Studenten aus der Dritten Welt geöffnet haben und sie intensiver betreuen als die Bundesrepublik Deutschland?

Die Vergabe von Hochschulstipendien ist für die kommunistischen Staaten im Hinblick darauf, daß für derartige Vorhaben Kosten praktisch nur im eigenen Land anfallen, schon aus Devisensparnisgründen ein bevorzugtes Instrument der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern.

Anders als westliche Demokratien haben Ostblockstaaten auch keine Probleme, Zulassungsfragen, Qualifikationsanforderungen und die Betreuung der ausländischen Studenten unter politischen Kriterien zu reglementieren. Dies wird auch durch die Einrichtung von Sonderuniversitäten für Studenten aus Ländern der Dritten Welt in den kommunistischen Staaten verdeutlicht.

Die Bundesregierung folgt diesem Beispiel u.a. deshalb nicht, weil derartige Sonderuniversitäten von ihren Absolventen häufig als minderwertig und diskriminierend empfunden werden.

Anders als die Bundesrepublik Deutschland haben die Ostblockstaaten auch nicht das Problem, daß Studenten aus den Entwicklungsländern nach dem Studienabschluß dort bleiben wollen. Insofern stellt sich für sie auch das Reintegrationsproblem kaum, während bei uns aus diesem Grunde Stipendien in der Regel nur noch zum postgraduierten Studium vergeben werden, was naturgemäß ein Grund für eine geringere Anzahl von Hochschulstipendien ist.

7. Wie steht die Bundesregierung zu der Behauptung, daß die Ostblockstaaten sich besonders um die Ausbildung potentieller politischer Führungskräfte bemühen, während sich die Bundesrepublik Deutschland auf die Ausbildung gewerblicher Fachkräfte (evtl. bis hin zum mittleren Management) konzentriert? Was unternimmt die Bundesregierung für die Ausbildung gesellschaftspolitisch wichtiger Multiplikatoren aus den Entwicklungsländern?

Die Behauptung, daß die Bundesrepublik Deutschland sich bei der Stipendienvergabe an Angehörige aus Entwicklungsländern auf die Ausbildung gewerblicher Fachkräfte konzentriert und im Gegensatz zu den kommunistischen Staaten die Förderung potentieller politischer Führungskräfte vernachlässigt, trifft nicht zu. Es ist Bestandteil der Stipendienpolitik der Bundesregierung und der zahlreichen von ihr geförderten Mittlerinstitutionen, sich gerade auch um die Fortbildung von Führungskräften aus Ländern der Dritten Welt und insbesondere auch um gesellschaftspolitisch wichtige Multiplikatoren aus den Entwicklungsländern zu bemühen.

8. Welche Informationen hat die Bundesregierung zu den Programmen der DDR und Kubas, bereits Kinder aus Entwicklungsländern zu langjährigen Ausbildungsaufenthalten ins Land zu bringen? Wie beurteilt die Bundesregierung diese Bemühungen?

Neben den seit mehreren Jahren stattfindenden Ferienlagern für Kinder aus der Dritten Welt hat die DDR nach kubanischem Modell inzwischen auch begonnen, sich um die langfristig ange-

legte vorschulische und schulische Ausbildung von Kindern aus Entwicklungsländern zu bemühen. So wurden Kinder von Angehörigen verschiedener Befreiungsbewegungen sowie aus Mosambik zu schulischem Unterricht und beruflicher Ausbildung in die DDR gebracht. Über den genauen Umfang solcher Programme und die damit gemachten Erfahrungen liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

9. Wie steht die Bundesregierung zu der Meinung, daß das Botschaftspersonal, z.B. der DDR, inzwischen besser auf seinen Einsatz in Entwicklungsländern vorbereitet ist als die diplomatischen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland? Welche Erkenntnisse liegen dazu vor, wie dieses DDR-Personal entwicklungspolitisch vorbereitet wird, und wie erfolgt dies vergleichsweise dazu in der Bundesrepublik Deutschland?

Angesichts des Umfangs und der Qualität der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Staaten der Dritten Welt hat die Bundesregierung keinen Anlaß, sich der in Frage 9 wiedergegebenen Behauptung anzuschließen, daß das Botschaftspersonal der DDR auf einen Einsatz in den Entwicklungsländern besser vorbereitet sei als die diplomatischen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland. In dieser Einschätzung wird sie auch dadurch bestärkt, daß sich die Vorbereitung der diplomatischen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland an den Zielen unserer auf partnerschaftliche Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Blockfreiheit der Dritten Welt gerichteten Dritte Welt-Politik orientiert. Bereits bei der Auswahl der Bewerber wird auf – möglichst durch einschlägige theoretische Vorbildung oder praktische Erfahrung erworbenes – Verständnis für entwicklungspolitische Zusammenhänge geachtet. In der Aus- und Fortbildung, die in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Mittlerorganisationen erfolgt, nimmt die entwicklungspolitische Vorbereitung einen besonderen Stellenwert ein. Vor dem jeweiligen Einsatz in den Entwicklungsländern erfolgt eine spezifische länderkundliche Einweisung. Hinzu kommt häufig auch eine besondere sprachliche Vorbereitung vor dem Einsatz in Ländern der Dritten Welt mit schwierigen Sprachen.

Die Ausbildung der DDR-Diplomaten ist – dem sowjetischen Modell entsprechend – durch einen hohen Grad regionaler und sprachlicher Spezialisierung gekennzeichnet. Die in den Entwicklungsländern eingesetzten Diplomaten der DDR beschäftigen sich vielfach den größten Teil ihrer Laufbahn nur mit einem Land oder einer Ländergruppe. Die Nachteile dieses Modells liegen in dem Fehlen vielfältiger Erfahrungen, einer Begrenzung der Sprachkenntnisse und einer entsprechenden begrenzten Einsatzfähigkeit. Diese Nachteile werden durch systeminhärente Beschränkungen, wie die strikte Regelung von Kontakten im Ausland verstärkt.

10. Wie steht die Bundesregierung zu der Behauptung, daß die Ostblockstaaten schneller auf neue Bedürfnislagen reagieren und in strategisch wichtigen Fällen gezieltere Soforthilfe leisten?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, daß die Ostblockstaaten in wirklichen Notsituationen schneller als die Bundesrepublik Deutschland reagiert hätten. Als Beispiel für schnelle Hilfe der Bundesrepublik Deutschland sind unsere Maßnahmen für notleidende Flüchtlinge aus Afghanistan, Vietnam, Laos, Kambodscha, Äthiopien, dem Tschad und anderen Ländern zu nennen.

Im übrigen wird auf die Vorbemerkung (Absatz 2) verwiesen.

11. Wie entwickelte sich bei den einzelnen Ostblockstaaten das Verhältnis zwischen Entwicklungshilfe und Militärhilfe im Verlauf der letzten zehn Jahre (absolute Ziffern, Prozentzahlen)?

Die Militärhilfe des Ostblocks an Entwicklungsländer ist nicht annähernd zuverlässig erfaßbar, wie dies noch bei der Entwicklungshilfe der Fall ist. Dies liegt daran, daß Militärhilfe meist aufgrund geheimer bilateraler Abkommen mit Entwicklungsländern vereinbart wird. Die Erfassung und Bewertung von Rüstungsgütern und anderen Formen der Militärhilfe ist zu vielen Unsicherheitsfaktoren unterworfen, um einen tragfähigen Vergleich zuzulassen.

Die Bundesregierung verweist hinsichtlich der Entwicklungshilfe des Ostblocks auf die allgemein zugänglichen Quellen wie die Jahresberichte des Vorsitzenden des Entwicklungshilfesausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

In diesen Berichten sind Schätzungen über die Entwicklungshilfe des Ostblocks *) enthalten, der bekanntlich keine offiziellen Statistiken über seine Mittelvergabe veröffentlicht.

12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Haltung der Ostblockstaaten gegenüber den Bestrebungen der Entwicklungsländer nach politisch-wirtschaftlich-kultureller Eigenständigkeit (self-reliance etc.)?

Wesentliches Ziel der Entwicklungsländer ist es nach eigenen Aussagen, sich aus der einseitigen Abhängigkeit vom jeweiligen industriellen Geberland zu lösen. Welcher Art sind die Beiträge der Sowjetunion dazu? Wo gibt es Übereinstimmungen und Differenzen zur Politik der Bundesregierung?

Die osteuropäischen Staaten streben im Unterschied zu unserer Dritte-Welt-Politik nicht „self-reliance“ der Staaten der Dritten Welt als solche an, sondern eine „anti-imperialistische“ Ausrichtung der Politik dieser Staaten. Angesichts der auf eine Minderheit von Staaten der Dritten Welt begrenzten wirtschaftlichen

*) Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Manfred Vohrer, Drucksache 9/1299

Zusammenarbeit der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder sind deren Beiträge zur Lösung der Staaten der Dritten Welt aus einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten gering. Soweit Abhängigkeiten einzelner Entwicklungsländer von der Sowjetunion bestehen, wirkt sie westlicher Hilfe an die betreffenden Länder nur dann entgegen, wenn dadurch etablierte kommunistische Strukturen gefährdet werden.

13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Haltung der Sowjetunion gegenüber den Bestrebungen vieler Entwicklungsländer zu regionalen Zusammenschlüssen? Gibt es Übereinstimmungen und Differenzen zur Politik der Bundesregierung?

Die Sowjetunion stellt darauf ab, ob regionale Zusammenschlüsse nach ihrer Einschätzung zu einer stärkeren Zusammenarbeit der betreffenden Staaten mit östlichen Ländern führen wird.

Die Bundesregierung steht den Bestrebungen vieler Entwicklungsländer zu regionalen Zusammenschlüssen grundsätzlich positiv gegenüber.

14. Wie beurteilt die Bundesregierung bei den „Produktionskooperationen im System der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ den entwicklungspolitischen Effekt für die Entwicklungsländer und den Nutzen für die Ostblockstaaten?

Sogenannte „Produktionskooperationen im System der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ zwischen den RGW-Staaten und Entwicklungsländern gibt es nach den vorliegenden Informationen bislang nur in Ansätzen. Die wirtschaftlichen Vorteile eines solchen Modells für den RGW liegen auf der Hand. Die für den Export in die RGW-Staaten bestimmten Betriebe in Entwicklungsländern könnten dazu beitragen, das Problem des partiellen Arbeitskräftemangels im Ostblock sowie das Problem relativ hoher Lohnkosten zu lösen und den Ostblock langfristig ohne Devisenaufwand mit strategischen Rohstoffen zu versorgen.

15. Den Ostblockstaaten wurde mehrfach vorgeworfen, sie würden die Rohstofferschließung und den Rohstoffabbau in den Entwicklungsländern mit ausbeuterischen Methoden betreiben.
Welche Informationen liegen dazu vor?

Die Rohstoffsicherung hat auch für die Ostblockstaaten zunehmende Bedeutung. Die Sowjetunion beteiligte sich z.B. nach eigener Darstellung bisher an 77 Projekten der Rohstoffentwicklung und des Rohstoffabbaus in Entwicklungsländern, von denen 35 durchgeführt bzw. fertiggestellt worden sind.

Konkrete Nachweise, inwieweit Entwicklungsländer bei solchen Projekten negative Erfahrungen gemacht haben, die über bekannte Nachteile wie z.B. der Bezahlung der Lieferungen in nichtkonvertierbarer Währung hinausgehen, liegen nicht vor.

16. Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung zur Kooperation mit Ostblockstaaten in Entwicklungsprojekten gesammelt? Will die Bundesregierung solche Kooperationen (weiter) fördern? Welche entwicklungspolitischen Zielsetzungen (gemäß der Grundlinien) finden dabei besondere Berücksichtigung?

Die Bundesregierung ist grundsätzlich bereit, mit den RGW-Staaten in Drittländern zusammenzuarbeiten, falls die entsprechenden politischen Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Sie hat diese Bereitschaft in Verträgen und Abkommen mit den RGW-Staaten zum Ausdruck gebracht. Mit einigen Staaten bestehen gemischte Regierungskommissionen, bei denen auch die Zusammenarbeit in Drittländern erörtert werden kann.

Die Bundesregierung ist auch grundsätzlich bereit, mit RGW-Staaten im Entwicklungshilfebereich zusammenzuarbeiten, z. B. bei echter Kofinanzierung.

Zu konkreten Kooperationsvorhaben ist es jedoch in diesem Bereich nicht gekommen.

17. Wie beurteilt die Bundesregierung das Bestreben einiger Ostblockstaaten, in den Entwicklungsländern massiv den Aufbau von Einparteiensystemen und Massenorganisationen nach sozialistischem Muster aufzubauen auf der Basis ihrer entwicklungspolitischen Grundlinien?

Die Bundesregierung wendet sich entschieden gegen hegemoniale Bestrebungen und gegen die Errichtung von Einflußzonen auswärtiger Mächte in der Dritten Welt. Ziel ihrer Dritte-Welt-Politik ist es, die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Staaten der Dritten Welt durch ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit zu stärken. Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

18. Hat die Bundesregierung bisher Bestrebungen der Ostblockstaaten festgestellt, nach denen sie ihre Entwicklungshilfe als Instrument zur politisch-gesellschaftlichen Umwandlung einsetzen? Falls ja, wie beurteilt sie eine derartige Politik im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit?

Es wird auf die Vorbemerkung und die Antworten zu den Fragen 1.2, 1.3, 3, 10 und 21 verwiesen.

19. Welche Anhaltspunkte hat die Bundesregierung dafür, daß der Ostblock insgesamt seine Entwicklungshilfe nicht primär als Bestandteil des Ost-West-Konflikts ansieht und nutzt?

Die osteuropäischen Staaten vergeben Entwicklungshilfe nach politischen und strategischen Gesichtspunkten. Vorrang haben dabei kommunistische Entwicklungsländer und Entwicklungsländer mit „sozialistischer Orientierung“. Insoweit ist die Entwicklungshilfe der Anlage nach, wenn nicht Bestandteil des Ost-West-Konflikts, so doch Bestandteil einer Politik des Aufbaus eines für den sogenannten „Weltsozialismus“ günstigen Kräfteverhältnis-

ses. Darüber hinaus setzen die osteuropäischen Staaten Entwicklungshilfe selektiv in Krisengebieten ein, wo sie unter Ausnutzung von vorhandenen Konflikten zur Destabilisierung beiträgt.

20. Glaubt die Bundesregierung, daß der Ostblock versucht, seine Entwicklungshilfe ebenso den Bedürfnissen der Dritten Welt anzupassen, wie es die Bundesregierung anhand ihrer „Entwicklungspolitischen Grundlinien“ anstrebt?

Nein

21. Gibt es bei den Fragen 12, 15, 17, 18 und 20 Unterschiede zwischen dem Verhalten der Sowjetunion und dem der europäischen Ostblockstaaten und welche?

Die einheitliche politische marxistisch-leninistische Grundlage der RGW-Staaten führt zu gemeinsamen Grundzügen der Politiken gegenüber Entwicklungsländern. Innerhalb dieser Grenzen ist jedoch eine Differenzierung der Zusammenarbeit nach Maßgabe der eigenen nationalen, insbesondere wirtschaftlichen Interessen erkennbar. Auf die Antwort zu Frage 1.4 wird verwiesen.